

AfD Kreistagsfraktion BB, Postfach 11 10, 71117 Grafenau

Ansprechpartner: Dr. Thomas Hartung

Telefon: +49 163 4013 084

E-Mail: thomas.hartung@afd-bw.de

## Pressemitteilung

Datum: 26.11.2024

### AfD-Kreistagsfraktion setzt sozialpolitische Forderungen durch

„Nein, Herr Bernhard, wir als Landkreis haben keine globale Verantwortung, und was Mülltrennung in Tunesien mit Fluchtursachen zu tun hat, die zu bekämpfen Sie richtig und wichtig finden, ist uns weiterhin ein Rätsel“. Mit diesen Worten kommentierte die sozialpolitische AfD-Fraktionssprecherin Christine Schäfer die Haushaltsdebatte im Sozial- und Gesundheitsausschuss gestern im Kreistag Böblingen – die sie für die Kreistagsfraktion dennoch positiv bilanzierte.

„Unser Antrag zur Streichung des kostenlosen WLANs in Asylunterkünften mündete nach intensiver Diskussion in einen Kompromiss, der auch bei den Freien Wählern Zuspruch fand“, freute sie sich über die Abwesenheit des Faktotums namens „Brandmauer“ – auch wenn eine grüne Kreisrätin etwas von „wir von den demokratischen Parteien“ fabulierte. Ab Januar 2025 wird die erste Asylunterkunft auf ein Bezahlssystem umgestellt, die Kosten für das WLAN werden anteilig von den Flüchtlingen aus dem ihnen zur Verfügung stehenden Betrag über eine Bezahlkarte abgezogen. „Dies ermöglicht angesichts unserer desolaten Haushaltslage eine deutliche Einsparung, die selbst Landrat Bernhard und die Freien Wähler als zumutbar und richtig empfanden.“

Schäfer betonte, dass AfD und Freie Wähler auch bei der Antidiskriminierungsstelle des Vereins „Böblingen bleibt bunt“ einer Meinung waren. „Zwar ging unser Streichantrag dieses Jahr noch nicht durch; aber 2025 wird der Kreistag erneut beraten und entscheiden, ob diese Zusammenarbeit im fortgesetzt werden soll oder der Verein alternative Finanzierungsmöglichkeiten suchen muss.“

Der Jahresbericht des Jobcenters brachte nach Einschätzung der Fraktion vor allem besorgniserregende Erkenntnisse. „Besonders auffällig war die geringe Quote von 7,7 Prozent ukrainischer Geflüchteter, die in Arbeitsverhältnisse vermittelt werden konnten“, ärgerte sich Schäfer. Als Ursache wurde vorgebracht, dass es keine Handhabe zur Sanktionierung des Bürgergeldes gebe. Auf Nachfrage stellte sich zudem heraus, dass keine Überprüfung stattfindet, ob es sich bei den Geflüchteten tatsächlich um Personen aus den Kriegsgebieten handelt: Zwar werden Angaben zu Vermögenswerten erfragt, jedoch bleibt eine tatsächliche Überprüfung aus. „Die Diskussionen um beide Themen haben gezeigt, dass es weiterhin dringenden Handlungsbedarf gibt, sowohl bei der Einsparung öffentlicher Mittel als auch bei der Effizienz der Integrationsmaßnahmen“, so Schäfer abschließend.

Seite 1 von 1